

Anträge der Fraktion Frauenliste zum Haushalt 2016

- 1. Bei allen größeren Baumaßnahmen sollen dem Gemeinderat als Entscheidungsgrundlage, wie beim Campus Rauner geschehen, die Kosten für einen einfachen und einen mittleren Standard dargestellt werden.**
- 2. Um das ehrenamtliche Engagement der Menschen in unserer Stadt nicht zu gefährden wird beantragt auf Kürzungen im Bereich von Vereinen und Verbänden zu verzichten.**
- 3. Bei der nächsten Klausurtagung sollen die bisher definierten Handlungsfelder überprüft werden mit dem Ziel VHS, FBS und Musikschule als Bildungseinrichtungen in das Handlungsfeld 1 zu überführen.**
- 4. Bei der Verwaltung wird beantragt, darzustellen wie verteilt auf die nächsten 5 Jahre schrittweise eine kostenbewusste Sanierung und Modernisierung der Stadtbücherei umgesetzt werden kann.**
- 5. Aufnahme des Projektes „Wohnen gegen Hilfe“ in die von der Stadtverwaltung bereits geplante Kampagne zur Mobilisierung leer stehenden Wohnraumes.**
- 6. Für die bereits geplante Kampagne zur Mobilisierung leer stehenden Wohnraumes bei der die Stadt als Zwischenmieterin fungiert, sollen 20 000.-€ für etwaige Mietausfälle in den Haushalt 2016 eingestellt werden.**
- 7. Die Verwaltung möge darstellen welche Möglichkeiten es gibt, dass bei Vergabe von städtischen Baugrundstücken der Bauträger den Zuschlag bekommt, der den höchsten Anteil an Sozialmietwohnungen schafft.**
- 8. Darstellung inwieweit das „Salzburger Modell“, in dem Wohnungsbau über eine gemeinnützige Wohnbaugesellschaft finanziert wird, auf Kirchheim übertragbar ist.**

9. Es wird beantragt die Überplanung des Güterbahnhof- Areal
umgehend auf den Weg zu bringen und die dafür erforderlichen Mittel
in den Haushaltsplan einzustellen.
10. Es wird beantragt bereits bereitgestellte Mittel für den Grunderwerb
Tannenbergstraße und Charlottenstraße bei Bedarf für andere,
schneller zu verwirklichende Projekte zu verwenden.
11. Welche Erfolge auf dem Weg zu einem Radverkehrsanteil von 20% bis
2020 sind bereits erzielt worden und welche Maßnahmen für 2016
geplant sind.
12. Beantragen von Mitteln für eine vom Land bezuschusste RadKULTUR-
Kampagne noch in 2015 für das Jahr 2016.
13. Schaffung einer klaren Zuständigkeit für die Belange des Radverkehrs
innerhalb der Verwaltung.
14. Darstellung in welchen Bereichen weitere verkehrsberuhigende
Maßnahmen, z.B. durch Tempo 30, vorstellbar sind.
15. Berufung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern zum Thema
Inklusion in die Ausschüsse des Gemeinderates
16. Darstellung welche Kostenersparnis es bedeuten würde, wenn auf die
Neubelegung des Waldfriedhofes verzichtet würde.